

ÖSTERREICHS SOZIALQUOTE KNAPP ÜBER EU-DURCHSCHNITT Sozialbericht 1999 wurde dem Parlament zugeleitet

Wien (PK) - Dem Parlament wurde nunmehr vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen der fast 500 Seiten umfassende Bericht über die soziale Lage 1999 übermittelt. Dieser Bericht besteht aus zwei Bänden, einer befasst sich ausschließlich mit Datenmaterial, der zweite enthält Analysen und Ressortaktivitäten.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die zentralen Eckdaten aus der Periode 1998 bis 2000 zeigen auf, dass das reale BIP-Wachstum 1999 rund +2,1 % betragen hat - 2000 wird es rund +3,5 % erreichen -, das Preisniveau um 1 % (für 2000 sind 2 % zu erwarten) gestiegen ist und die Beschäftigung um 1,1 % zugenommen hat. Für 2000 ist ebenfalls eine Zunahme von 1,1 % zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit ist von 238.000 auf 222.000 Personen zurückgegangen, für 2000 ist eine weitere Bestandsabnahme von 12 % zu erwarten.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat in der Periode 1998 bis 1999 ihre Teilnahme am Erwerbsleben gesteigert. Rund 4,2 Millionen Personen sind im Laufe von 12 Monaten arbeitsmarktaktiv. Die Aktivitätsquote bei den Männern betrug in der Altersgruppe 15 bis 65 Jahre 84,9 % und bei den Frauen (15 bis 60 Jahre) 70,1 %. Von den 4,2 Millionen erwerbsaktiven Personen waren 1999 3,57 Millionen als Unselbständige voll versicherungspflichtig standardbeschäftigt. Rund 400.000 Personen hatten eine selbständige Beschäftigung bei der Sozialversicherung angemeldet; davon waren 352.000 ausschließlich als Selbständige erwerbstätig.

717.000 Personen mussten zumindest eine Periode der Arbeitslosigkeit hinnehmen. Darunter waren 127.000 Personen, denen es im Laufe des Jahres 1999 nicht gelang, eine Beschäftigung aufzunehmen.

EINKOMMEN, LEBENSSTANDARD UND SOZIALTRANSFERS

Um einen Lebensstandard an der Armutgefährdungsschwelle zu erreichen, sind für manche Haushalte erhebliche Anstrengungen notwendig. Ein Haushalt mit 2 Erwachsenen und 3 oder mehreren Kindern muss ein monatliches Nettoeinkommen von rund 27.000 S (12 mal jährlich) erreichen, um jedem seiner Mitglieder einen Lebensstandard

zumindest an der Armutsgefährdung zu gewähren. Befinden sich kinderreiche Familien auf einem derartigen Lebensniveau, so stammen etwa 70 % des Gesamteinkommens aus Erwerbstätigkeit und der Rest vor allem aus Sozialtransfers. Singlehaushalte benötigen ein monatliches Nettoeinkommen von rund 10.000 S für einen Lebensstandard an der Armutsgefährdungsgrenze. Single mit einem derartigen Gesamteinkommen sind in der Mehrzahl nicht oder nur geringfügig erwerbstätig. Nur 28 % ihres Einkommens stammen aus Erwerbstätigkeit und mehr als die Hälfte werden als Sozialtransfers bezogen.

Während im unteren Lebensstandardbereich die Sozialtransfers einen bestimmenden Einfluss auf das Haushaltseinkommen ausüben, spielen diese für Haushalte mit gehobenem Lebensstandard nur eine untergeordnete Rolle. Im gehobenen Bereich erzielt ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von rund 63.000 S; davon entfallen nur 7 % auf Sozialtransfers. Ein Einpersonenhaushalt mit gehobenem Lebensstandard erreicht ein monatliches Nettoeinkommen von rund 28.000 S. Ein solcher Haushalt enthält im Durchschnitt 12 % seines monatlichen Nettoeinkommens in Form von Sozialtransfers, wovon 11 % pensionsähnliche Sozialleistungen und 1 % Sozialtransfers im engeren Sinne sind.

DIE SOZIALAUSGABEN

Rund die Hälfte der Sozialausgaben - sie betragen insgesamt 745 Mrd. S oder 28,5 % des Bruttoinlandsprodukts - wurde 1998 für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung und ein Viertel für Krankheitsleistungen aufgewendet. Für Familienleistungen wurde rund ein Zehntel der gesamten Sozialleistungen ausgegeben, für Invaliditätsleistungen im erwerbsfähigen Alter 9 % und für Arbeitslosenleistungen 6 %.

Insgesamt stiegen die empfängerwirksamen Sozialausgaben zwischen 1990 und 1998 um 54 %. Im selben Zeitraum nahm die für die Beitragsentwicklung im starken Ausmaß ausschlaggebende Lohn- und Gehaltssumme um 37 % zu. Die Verbraucherpreise stiegen von 1990 bis 1998 um 23,5 %.

Wie es im Bericht heißt, sind sowohl der seit 1990 zu beobachtende Anstieg der Arbeitslosenleistungen (+84 %) als auch der Invaliditätsleistungen im erwerbsfähigen Alter (+89 %) sowie die daraus resultierende Anteilssteigerung auf 5,6 % bzw. 8,6 % der

gesamten Sozialausgaben wesentlich durch die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation verursacht.

ÖSTERREICHS SOZIALAUSGABEN IM MITTELFELD DER EU-LÄNDER

Im internationalen Vergleich liegt der Anteil von Österreichs Sozialausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung im Mittelfeld der Mitgliedsländer der Europäischen Union. Mit einer Sozialquote von 28,8 % lag Österreich 1997 knapp über dem EU-Durchschnitt von 28,2 %. Von 1980 bis 1997 stieg die Sozialquote um 2,2 %-Punkte, während der Anstieg im EU-Durchschnitt 3,9 %-Punkte betrug.

Die höchsten Sozialausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung weisen in der EU die nordischen Länder Schweden (33,7 %) und Dänemark (31,4 %) aus. Auch die Niederlande, Frankreich, Deutschland und Finnland rangieren vor Österreich. In Großbritannien liegt die Sozialquote um 1,4 %-Punkte unter dem EU-Durchschnitt.

Weitere Informationen finden sich auf der homepage des Parlaments <http://www.parlament.gv.a> - Menüpunkt Parlamentskorrespondenz.

(Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at, Internet: <http://www.parlament.gv.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0018 2001-04-20/08:51

200851 Apr 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010420_OTS0018